

Informationen zum Geschäftsgeheimnisgesetz (GeschGehG) und zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Auftraggeber/Vergabestelle	<i>Kommunale Dienstleistungsgesellschaft mbH (KDG)</i>
	<i>Kornblumenweg 3a</i>
	<i>46359 Heiden</i>
Vorhaben/Bauvorhaben:	<i>Durchführung von Leistungen</i>
Leistung/ Gewerk:	<i>für Gesellschafterkommunen der KDG</i>

Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden die von Ihnen übermittelten Daten gespeichert und verarbeitet. Dies gilt zum einen hinsichtlich unternehmensbezogener Daten, aber auch für im Rahmen der Angebotsabgabe geforderte personenbezogene Daten, die in den Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016) (im Folgenden kurz: DS-GVO) fallen. Bei einem Auftraggeber in einer privaten Rechtsform findet zusätzlich das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) Anwendung.

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen

Auftraggeber/Vergabestelle

Kommunale Dienstleistungsgesellschaft mbH
Kornblumenweg 3a
46359 Heiden

Kontaktdaten der/ des Datenschutzbeauftragten

Michael Drews
Rathausplatz 1
46359 Heiden
Tel. + 49 (0) 2867 / 7753 0660
m.drews@heiden.de

Leistungsempfänger

Die Kommunale Dienstleistungsgesellschaft mbH (KDG) ist ein Zusammenschluss mehrerer Städte und Gemeinden aus den Kreisen Borken, Wesel und Recklinghausen in der Rechtsform der GmbH.

Leistungsempfänger sind folgende Städte und Gemeinden:

Stadt Dorsten, Stadt Gescher, Gemeinde Heiden, Gemeinde Hünxe, Gemeinde Legden, Gemeinde Raesfeld, Gemeinde Reken, Gemeinde Schermbeck, Gemeinde Schöppingen, Gemeinde Südlohn, Stadt Velen.

Alle im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Angaben im Sinne des GeschGehG und der DS-GVO werden sowohl der KDG als auch den v. g. Kommunen zur Verfügung gestellt.

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Stadt Dorsten Datenschutzbeauftragter
Bürgermeisterbüro
Halterner Straße 5
46284 Dorsten
Telefon: + 49 (0)2362 – 66-3010, - 3330
E-Mail: datenschutz@dorsten.de

Gemeinde Hünxe Tatjana Strupek Dorstener Str. 24
46569 Hünxe
Telefon: + 49 (0)2858 – 69 207
E-Mail: tatjana.strupek@huenxe.de

Gemeinde Raesfeld
Weseler Straße 19
46348 Raesfeld
datenschutz@raesfeld.de

Gemeinde Schermbeck
Der Bürgermeister Mike Rexforth
Weseler Str. 2
46514 Schermbeck
Tel. + 49 (0) 2853 / 910-119
info@schermbeck.de

Die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen bzw. Voraussetzungen werden durch den Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Schermbeck überwacht.

Den Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Schermbeck erreichen Sie unter:

Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN)

Friedrich-Heinrich-Allee 130

47475 Kamp-Lintfort

Telefon: +49 (0) 28 42 / 90 70-0

E-Mail: info@krzn.de

Gemäß Art. 37 Abs. 3 DSGVO hat die Stadt Gescher, die Gemeinde Heiden, die Gemeinde Legden, die Gemeinde Reken, die Gemeinde Schöppingen, die Gemeinde Südlohn und die Stadt Velen einen gemeinsamen behördlichen Datenschutzbeauftragten bestellt, der mehrere Kommunalverwaltungen vertritt.

Informationen zur Institution sowie zum Datenschutzbeauftragten lauten

Zweckverband KAAW – Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West

Weberstraße 5

49477 Ibbenbüren

Mario Könning

Telefon: +49 (0) 2861 939409 oder +49 (0) 5451 5622 751

E-Mail: datenschutz@kaaw.de

Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Rechtsgrundlage:

Art. 6 Abs. 1 lit. c i. V. m. Art. 6 Abs. 3 DS-GVO. Als Bieter sind Sie verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Falls Sie diese Angaben nicht machen, kann Ihr Angebot vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Empfänger von personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten dürfen an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn der Bieter/ die Bietergemeinschaft dem zustimmt oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist:

Der Auftraggeber/Leistungsempfänger behält sich vor bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer

-bei der zuständigen Zollbehörde anzufragen, ob hinsichtlich des Bieters, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (SchwarzArbG) vorliegen.

-beim Wettbewerbsregister des Bundeskartellamtes anzufragen, ob hinsichtlich des Bieters, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen vorliegen.

Ein Auftraggeber/Leistungsempfänger darf sich zur Vorbereitung und Durchführung eines Vergabeverfahrens externer Berater bedienen, die ihn beispielsweise in technischen oder rechtlichen Angelegenheiten beraten.

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten

Diese Rechte ergeben sich aus Artikel 15 bis 18 DS-GVO:

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten. Bezüglich des Umfangs des Auskunftsrechts wird auf Art. 15 Abs. 1 DS-GVO verwiesen.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf unverzügliche Berichtigung von dem Bieter/ die Bietergemeinschaft betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten. Unvollständige Daten können – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – vervollständigt werden.

Recht auf Löschung

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Auftraggeber ist allerdings nur unter den in Art. 17 Abs. 1 lit. a) - f) DS-GVO zur unverzüglichen Löschung verpflichtet und auch nur dann, soweit die Verarbeitung nicht erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 DS-GVO).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bieters/ der Bietergemeinschaft zu verlangen, sofern die Voraussetzungen des Art. 18 Abs. 1 lit. a) - d) DS-GVO vorliegen.

Recht auf Widerspruch

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bieters / der Bietergemeinschaft ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (z. B. Durchführung des Vergabeverfahrens bzw. wenn der Leistungsempfänger ein öffentliches Interesse hat).

Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde im Land NRW ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf.

Hieran sind etwaige Beschwerden zu richten, sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Übermittlung personenbezogener Daten der Beschäftigten des Bieters / der Bietergemeinschaft Soweit mit Angebotsabgabe auch personenbezogene Daten von Beschäftigten des Bieters/ der Bietergemeinschaft übermittelt werden, geht der Auftraggeber bis zur Mitteilung des Gegenteils von folgendem aus:

Der Bieter hat die betroffenen Beschäftigten über die Weitergabe ihrer personenbezogenen Daten informiert und es besteht eine Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung.

Insoweit ist der Bieter/ die Bietergemeinschaft bei Übermittlung personenbezogener Daten seiner Beschäftigten dafür verantwortlich, dass die aktuellen gesetzlichen Anforderungen an die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Innenverhältnis zu seinen Beschäftigten eingehalten und gewahrt sind.

1. Prüfung und Wertung der Angebote durch beauftragte Dritte (sog. Auftragsverarbeiter)

Erfolgt eine Verarbeitung im Auftrag des Auftraggebers, so arbeitet dieser nur mit Auftragsverarbeitern zusammen, die hinreichend Garantien dafür bieten, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen dieser Verordnung erfolgt und den Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet.

Die Verarbeitung durch einen Auftragsverarbeiter erfolgt auf der Grundlage eines Vertrags oder eines anderen Rechtsinstruments nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten, der bzw. das den Auftragsverarbeiter in Bezug auf den Verantwortlichen bindet und in dem Gegenstand und Dauer der Verarbeitung, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der personenbezogenen Daten, die Kategorien betroffener Personen und die Pflichten und Rechte des Verantwortlichen festgelegt sind.

2. Benennung der Referenzgeber

Im Rahmen der Eignungsprüfung werden Referenzen des Bieters/ der Bietergemeinschaft abgefragt, bei denen auch der Auftraggeber zu benennen ist. Gegebenenfalls ist auch ein konkreter Ansprechpartner zu benennen. Soweit mit Angebotsabgabe auch personenbezogene Daten von Beschäftigten des Referenzgebers übermittelt werden, geht der Auftraggeber bis zur Mitteilung des Gegenteils von folgendem aus:

- Die betroffenen Beschäftigten des Referenzgebers wurden über die Weitergabe ihrer personenbezogenen Daten informiert und
- es besteht eine Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung.

Insoweit ist der Bieter/ die Bietergemeinschaft bei Übermittlung personenbezogener Daten der Ansprechpartner von Referenzgebern dafür verantwortlich, dass die aktuellen gesetzlichen Anforderungen an die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Innenverhältnis zu den Beschäftigten des Referenzgebers eingehalten und gewahrt sind.

3. Folgen bei Nichtabgabe der geforderten Angaben / Widerspruch

Der Bieter/ die Bietergemeinschaft ist verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen, unabhängig davon, ob es sich um unternehmensbezogene oder personenbezogene Daten handelt.

Falls die geforderten Angaben nicht gemacht werden, kann das Angebot vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Soweit personenbezogene Daten Gegenstand wertungsrelevanter Angaben sind, kann im Falle der wirksamen Ausübung des Rechts auf Widerspruch, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung keine Wertung erfolgen, sofern der Bieter/ die Bietergemeinschaft trotz der Nachforderung der Unterlagen diese nicht innerhalb der gesetzten Frist beibringt. -

4. Keine Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten

Eine Informationspflicht des Verantwortlichen wegen der Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe c) der DS-GVO nicht.